

Medienbeobachtung

17.12.2024

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Rückgang beim Überlassen vonArbeitskräften**
17.12.2024 , Salzburger Nachrichten Seite 13

Salzburger Nachrichten vom 17.12.2024

Rückgang beim Überlassen vonArbeitskräften

Zeitarbeitsbranche will von neuer Regierung mehr Unterstützung.

Wien. Österreichs Zeitarbeitsbranche ruft nach neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Neben einer Reform des Sozial- und Weiterbildungsfonds (SWF) wollen Personaldienstleister befristete Arbeitsverträge abschließen können und fordern die Gleichstellung beim Erteilen von Arbeitsbewilligungen für Ausländer. Der SWF wird derzeit allein von Zeitarbeitsunternehmen mit bis zu 11 Mill. Euro finanziert, es gebe aber „in der Abwicklung massive Probleme“, sagt Verbandspräsident Martin Zieger. So würden „viele Schulungsunternehmen nicht mehr mit dem SWF zusammenarbeiten wollen“ und das Wirtschaftsministerium sei als Co-Financier ausgestiegen. Von Unternehmen direkt bezahlte Schulungen sollten künftig von Beiträgen des SWF abgezogen werden können.

Die Leiharbeitsfirmen überließen im ersten Halbjahr 2024 im Durchschnitt 77.000 Personen an die Wirtschaft, 2023 waren es noch rund 88.600 Menschen, ein Rückgang von mehr als 15 Prozent. Die Leiharbeitsbranche erwartet laut Zieger für das Jahr 2024 einen Branchenumsatz von circa 3,1 Milliarden Euro., APA

Quelle	Salzburger Nachrichten
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Sprache	Deutsch

Griechenland überrascht mit hohem Budgetüberschuss

Das Land, das die Eurozone an den Rand des Abgrunds brachte, steht finanziell wieder besser da. Der Kampf gegen die Armut und die hohen Schulden ist aber noch nicht gewonnen.

ATHEN. Während die Wirtschaft vieler anderer EU-Mitgliedsländer schwächelt, hat Griechenland ein Luxusproblem: Für den Haushalt 2025 steht mehr als doppelt so viel Geld zur Verfügung wie vorhergesehen. Entsprechend musste die Planung der Ausgaben nach oben angepasst werden. Am Sonntagabend wurde der Haushalt vom Parlament verabschiedet. Wichtig sei nun, dass der wirtschaftliche Erfolg auch stärker bei den Menschen ankomme, sagte der konservative Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis vor den Abgeordneten.

Aktion scharf gegen Steuerhinterzieher

Finanzminister Kostis Hatzidakis hatte bei seinem Entwurf für das Budget mit einem Haushaltsüberschuss von 6,1 Mrd. Euro gerechnet, nun sind es 13,5 Mrd. Euro. Das liegt durchaus daran, dass Hatzidakis sparsam gewirtschaftet habe, sagen griechische Finanzexperten. Aber es kommen weitere wichtige Gründe für den Geldregen zum Tragen.

Zum einen macht sich die harte Bekämpfung der Steuerhinterziehung bezahlt. Mit der Digitalisierung der Finanzbehörden ist es unter anderem gelungen, den Betrug bei der Mehrwertsteuer etwa durch Schwarzarbeit zu verringern. Die Verluste, die dadurch entstehen, wurden in den vergangenen fünf Jahren auf 3,2 Mrd. Euro halbiert. Hinzu kommt, dass die konservative Regierung weiter privatisiert. 2024 sollen so 5,8 Mrd. Euro eingenommen werden, allein 3,3 Mrd. Euro brachte die Konzession für die



Unter Premier Kyriakos Mitsotakis schaffte Griechenland die Wende.

Stadtautobahn von Athen ein.

Und dann ist da noch die Konjunktur, bei der Griechenland vielen anderen EU-Ländern den Rang ablauft. Während der Durchschnitt in der Europäischen Union bei 0,9 Prozent Wachstum liegt, rechnet

die Kommission für Griechenland im Jahr 2025 mit 2,3 Prozent Wachstum nach 2,1 Prozent in diesem Jahr.

Das liegt nicht nur am boomenden Tourismusgeschäft. Vielmehr hat die Regierung es geschafft, das Vertrauen der Märkte zurückzuge-

winnen. Internationale Rating-Agenturen stufen das Land wieder als investitionswürdig ein. Die US-Konzerne Microsoft, Google, Pfizer haben sich in den vergangenen Jahren angesiedelt, auch deutsche Unternehmen wie Fraport, RWE, Boehringer Ingelheim und TeamViewer sind in Griechenland aktiv.

Trotz der guten Entwicklung mahnt Mitsotakis dazu, den Ball flach zu halten. Grund dafür ist die anhaltende relative Armut der Griechen, deren Renten und Löhne während der Finanzkrise des Landes von 2010 bis 2018 stark zusammengestrichen wurden.

Der Aufschwung kommt bei den Menschen nur langsam an, obwohl die Regierung Renten und Mindestlohn immer wieder leicht erhöht hat. Für das kommende Jahr ist eine Anhebung der Renten um 2,4 Prozent geplant, der Mindestlohn von 830 Euro im Monat soll bis 2027 schrittweise auf 950 Euro steigen. Und Arbeitnehmer und -geber müssen künftig jeweils 0,5 Prozentpunkte weniger Sozialabgaben zahlen. Diese und weitere Maßnahmen sollen den Menschen finanziell auf die Beine helfen.

Die Arbeitslosigkeit soll im kommenden Jahr unter die Marke von 10 Prozent sinken, in den Hochzeiten der Krise erreichte sie mehr als 40 Prozent. Auch beim Schuldendienst verhält sich das Land musterschülerhaft: Die Kredite an internationale Gläubiger werden bedient, den Krisenkredit beim Internationalen Währungsfonds hat Athen sogar vorzeitig getilgt. Die Staatsschuldenquote soll 2025 auf 147 Prozent sinken – vor zwei Jahren waren es noch 164 Prozent. SN, dpa



Zeitarbeit ist oft ein erster Schritt aus der Arbeitslosigkeit.

Rückgang beim Überlassen von Arbeitskräften

Zeitarbeitsbranche will von neuer Regierung mehr Unterstützung.

WIEN. Österreichs Zeitarbeitsbranche ruft nach neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Neben einer Reform des Sozial- und Weiterbildungsfonds (SWF) wollen Personaldienstleister befristete Arbeitsverträge abschließen können und fordern die Gleichstellung beim Erteilen von Arbeitsbewilligungen für Ausländer. Der SWF wird derzeit allein von Zeitarbeitsunternehmen mit bis zu 11 Mill. Euro finanziert, es gebe aber „in der Abwicklung massive Probleme“, sagt Verbandspräsident Martin Zieger. So würden „viele Schulungsunternehmen nicht mehr mit dem SWF zusammenarbeiten wollen“ und das Wirtschaftsministerium sei als Co-Financier ausgestiegen. Von Unternehmen direkt bezahlte Schulungen sollten künftig von Beiträgen des SWF abgezogen werden können.

Die Leiharbeitsfirmen überließen im ersten Halbjahr 2024 im Durchschnitt 77.000 Personen an die Wirtschaft, 2023 waren es noch rund 88.600 Menschen, ein Rückgang von mehr als 15 Prozent. Die Leiharbeitsbranche erwartet laut Zieger für das Jahr 2024 einen Branchenumsatz von circa 3,1 Milliarden Euro. SN, APA

KURZ GEMELDET

Zahl der Migranten in der Arbeitswelt steigt

GENÈVE. In Nord-, Süd- und Westeuropa ist der Anteil der Migranten an allen Arbeitskräften laut der UN-Organisation für Arbeit (ILO) von 2013 bis 2022 von 22,5 auf 23,3 Prozent gestiegen. Der Migrantenanteil ist in Europa, Nordamerika und in arabischen Staaten besonders hoch. Das liege nicht zuletzt an der dort alternenden Bevölkerung. Migranten füllten Arbeitsplätze, wenn Menschen in Rente gingen, gleichzeitig steige der Pflegebedarf für ältere Menschen. Die ILO berücksichtigt sowohl Menschen mit Arbeitsvisum als auch Migranten, die ohne Papiere im Gastland arbeiten. Gut zwei Drittel waren in der Serviceindustrie beschäftigt. Weltweit lag der Anteil der Migranten an allen Arbeitskräften 2022 bei 4,7 Prozent. Die Gesamtzahl der Migranten schätzt ILO auf 284,5 Millionen, 255,7 Millionen waren älter als 15 Jahre und damit arbeitsfähig. Im Berufsleben standen nur 167,7 Millionen Personen. SN, dpa



Lamborghini hat es mit dem elektrischen Antrieb nicht eilig.

Lamborghini wird erst 2029 mit Strom fahren

SANT'AGATA BOLOGNESE. Der zum VW-Konzern zählende italienische Sportwagenbauer Lamborghini verschiebt den Marktstart seines ersten Elektromodells auf 2029. „Wir glauben nicht, dass der Markt in unserem Segment 2025 oder 2026 bereit sein wird“, sagte Lamborghini-Chef Stephan Winkelmann. Hauptkonkurrent Ferrari will sein erstes Elektromodell im ersten Quartal des nächsten Jahres auf den Markt bringen, Lamborghini wollte ursprünglich 2028 nachziehen. SN, APA, Reuters

Regierung gibt Okay für Verkauf von Royal Mail

LONDON. Die britische Regierung stimmt der Übernahme der Royal Mail durch den tschechischen Milliardär Daniel Křetínský zu. Das bestätigte Wirtschaftsminister Jonathan Reynolds laut der britischen Nachrichtenagentur PA. Das hinter Royal Mail stehende Unternehmen International Distribution Services (IDS) soll demnach für 3,6 Mrd. Pfund (4,3 Mrd. Euro) den Besitzer wechseln. Vereinbart wurde eine Reihe von Zugeständnissen des neuen Mehrheitseigners. So soll der britische Staat eine sogenannte „Golden Share“ und damit ein Vetorecht in wichtigen Fragen wie dem Standort des Unternehmenssitzes oder einem Weiterverkauf behalten. Zudem soll die einheitliche Preisgestaltung einschließlich der Zustellung von Briefen erster Klasse an sechs Tagen die Woche beibehalten werden. Die Beschäftigten sollen mit zehn Prozent an den Dividenden beteiligt werden. SN, APA, dpa

FMA prüft Pierer Mobility auf Publizitätskonformität

WIEN. Die Finanzmarktaufsicht (FMA) prüft, ob die börsennotierte Pierer Mobility vor der Insolvenz der Tochter KTM die Publizitätsvorschriften eingehalten hat. Es gehe um den Zeitraum von Mai bis November, in dem der Ausblick auf die Geschäftsentwicklung angepasst wurde und eine Änderung im Vorstand bekannt gegeben worden sei.

An der Börse notierte Unternehmen müssen Insiderinformationen unverzüglich (ad hoc) publizieren, um keinen Marktteilnehmer zu benachteiligen. Bei Zuwiderhandeln können Strafen verhängt werden. Details gab die FMA nicht bekannt, es sei auch offen, wie lange die Prüfung dauern werde. Pierer Mobility sei aufgefordert worden, eine Stellungnahme abzugeben. SN, APA

MIT GOLD
SCHENKEN
SIE WERTE,
DIE BLEIBEN.

Raiffeisen
Salzburg



JETZT IN IHRER RAIFFEISENBANK.

Raiffeisen wünscht ein besinnliches Fest und schöne Erlebnisse mit Familie, Freund:innen und Bekannten. Das neue Jahr soll uns daran erinnern, dass wir gemeinsam mehr erreichen können.



WIR MACHT'S MÖGLICH.

salzburg.raiffeisen.at

Ich dadat ETFs gebührenfrei ansparen.

Finanzanlagen bergen Risiken.

Mehr auf dad.at/depot

DADAT – Eine Marke der Schelhammer Capital Bank AG MARKETINGMITTEILUNG

DADAT
BANK